



Wohin geht Spanien?

Und was hat das mit Europa zu tun?

Der Cercolo Podemos Köln und

DIE LINKE Köln laden zu einer politisch- kulturellen Begegnung ein, um über die Situation in Spanien am Vorabend der Regionalwahlen in Katalonien zu informieren und zu diskutieren.

16. Dezember, 13.00 - 19.00 Uhr

im Wahlkreisbüro Matthias W. Birkwald MdB, Severinswall 37 (an der Bottmühle).

13 Uhr Tapas, Kennenlernen, Reden 14.30 Uhr Grußwort Matthias W. Birkwald

danach: Informationen zur spanischen Verfassung und der Stellung der Regionen und ihrer Autonomiestatute

ab 16.15 Uhr offene Diskussion

ab 18 Uhr Ausklang bei Musik und Wein



Wohnungslosigkeit bekämpfen – Obdachlosenhilfe verbessern

In Köln sind 4871 Menschen (Stand 30.06.2016) wohnungslos. Das ist eine erschreckende Zahl und ein weiterer Ausdruck für die Armut, die in dieser Stadt herrscht. Auch wenn die Stadt Köln, private Initiativen und freie Träger sich bemühen, der Not so vieler Menschen mit Rat und Tat zu begegnen, sieht DIE LINKE Köln noch weitere Notwendigkeiten, die Situation der Menschen ohne eigenen mietrechtlich abgesicherten Wohnraum zu verbessern.

Der „freie Markt“ hat die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht gelöst, im Gegenteil, er verschärft sie tagtäglich.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe erwartet von 2017 bis 2018 einen weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit um 40 Prozent. Die Stadt muss sich darauf vorbereiten. Sie muss aber auch schon heute alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und Möglichkeiten schaffen, um neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen und bereits obdachlose Menschen dabei zu unterstützen, wieder eine Wohnung zu bekommen.

DIE LINKE Köln fordert daher in ihrem Wahlprogramm:

> Damit das Problem der Obdachlosigkeit in der Öffentlichkeit nicht verdrängt wird, muss die Verwaltung den Rat regelmäßig über die Entwicklung der Obdachlosigkeit unterrichten. Dabei muss auch über die Ursachen und Hintergründe berichtet werden, warum Menschen im öffentlichen Straßenraum übernachten und bestehende Hilfs- und Übernachtungsangebote nicht annehmen.

> Damit neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht, sind Zwangsräumungen z. B. zur Durchsetzung von Luxussanierungen möglichst zu verhindern. Dabei muss zum Beispiel auch das Instrument der Beschlagnahme der Wohnungen soweit wie möglich genutzt werden, um den Betroffenen ein Dach über dem Kopf und den Menschen das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern, wenn geeignete Ersatzwohnungen nicht verfügbar sind.

> Um auf den drohenden Anstieg der Obdachlosigkeit vorbereitet zu sein, muss die Stadt eine ausreichend große Zahl von kommunalen Belegwohnungen vorhalten und weitere Belegungsbindungen erwerben.

> Die Sammel- und Notunterkünfte für wohnungslose Menschen müssen durch kleinere und menschenwürdige Einheiten ersetzt werden. In kleineren Unterkünften kann besser auf persönliche Wünsche und individuelle Bedürfnisse der Betroffenen eingegangen und eine soziale Betreuung

gewährleistet werden.

> Auch für Menschen, die sich für ein Leben im öffentlichen Straßenraum und ein Zusammenleben mit Hunden entschieden haben, müssen ausreichend alternative Möglichkeiten zur Übernachtung geschaffen werden, die sie gemeinsam mit ihren Hunden nutzen können.

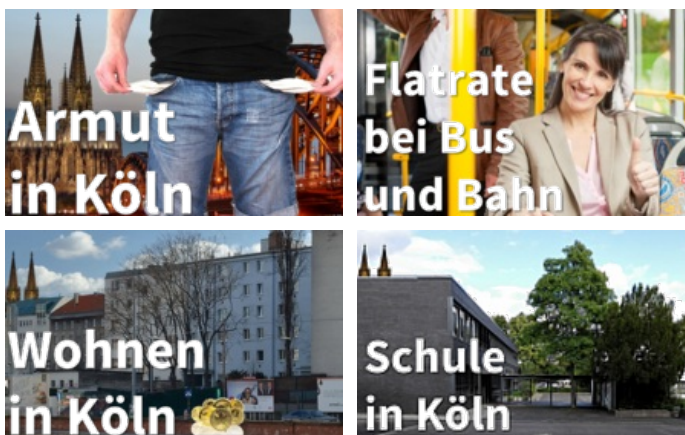
> Um Menschen, die sich in langjähriger Obdachlosigkeit an das Leben im öffentlichen Straßenraum gewöhnt haben, den Übergang in eine Wohnung möglich zu machen, muss die Stadt angemessene alternative Wohnformen und Projekte entwickeln, fördern und mit Personal ausstatten.

> Die Anzahl der Plätze, in denen kranke und obdachlose Menschen unterkommen und ärztlich behandelt werden können, muss dringend erhöht werden.

> Entsprechend der KVB-Selbstverpflichtung darf wohnungslosen Menschen der Zugang zu den unterirdischen U-Bahn-Stationen im Winter auch weiterhin nicht verwehrt werden.

Weiterführende Informationen:

http://www.die-linke-koeln.de/ortsverbaende/innenstadt_rodenkirchen/themen/detail/zurueck/aktuelles-47/artikel/obdachlosigkeit-in-koeln/



AKTUELLES UND PRESSEMITTEILUNGEN

15. DEZEMBER 2017 GERNOT SCHUBERT

DIE LINKE. Köln unterstützt die Mahnwachen zum Ausstieg aus der Braunkohle im Heizkraftwerk in Köln Merkenich

Am Freitag, 15. Dezember, wird vor dem Kundenzentrum der Rheinenergie, Deutzer Freiheit 65 eine weitere Mahnwache zum Ausstieg aus der Braunkohle im Heizkraftwerk in Köln Merkenich stattfinden. Der von den Initiatoren der Mahnwache verfasste Aufruf wird mittlerweile von einer Vielzahl von politischer sowie gesellschaftlich engagierter Gruppen, als auch verschiedenen Gliederungen der unterschiedlichsten Parteien unterstützt. [Mehr...](#)

14. DEZEMBER 2017 JÖRG DETJEN

Längerer Bewilligungszeitraum des Köln-Passes kommt

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat, freut sich über mehr Komfort für Köln-Pass-Besitzer: „Es ist gut, dass wir jetzt teilweise davon wegkommen, den Köln-Pass jährlich neu beantragen zu müssen. Bei zwei Monaten Bearbeitungszeit führte das oft dazu, dass Köln-Pass-Berechtigte am Anfang des Jahres noch keinen neuen Köln-Pass in den Händen hielten. Als Erwerbsloser dann voll für die KVB zahlen zu müssen, das tut weh!“ Auf Anregung der LINKEN im Sozialausschuss und der Seniorenve [Mehr...](#)

5. DEZEMBER 2017 MICHAEL WEISENSTEIN

Kein Ausverkauf der Wirtschaftsförderung!

„Kommunale Wirtschaftsförderung muss die soziale und ökologische Entwicklung der gesamten Stadt einbeziehen. Die Interessen von Einwohnern und Beschäftigten an guter, tariflichgeschützter Arbeit dürfen nicht für kurzfristige Gewinninteressen auf der Strecke bleiben. Ebensomüssen

verkehrs- und umweltpolitische Ziele der Stadtentwicklung gewahrt bleiben. Daher darf diese städtische Aufgabe nicht privatisiert werden“, erklärt LINKEN-Fraktionsgeschäftsführer Michael Weisenstein. Auch der DGB und die [Mehr...](#)

30. NOVEMBER 2017 KREISVORSTAND

DIE LINKE. Köln fordert eine „soziale Offensive für alle“

Der Kreisvorstand der LINKEN. Köln ist nun wieder komplett. Auf ihrer Jahreshauptversammlung wählten die 78 anwesenden Mitglieder Isabell Knief, Moritz Krämer (DIE LINKE.SDS), Katharina Löber, Dara Sasmaz (linksjugend.solid) und Murat Yılmaz in das Leitungsgremium. [Mehr...](#)

23. NOVEMBER 2017 BEATE HANE-KNOLL

Köln braucht keinen großen Klinikverbund bei dem Outsourcing das Mittel der Wahl ist

Am 18.11.2017 sprach sich die Kölner Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, für einen Klinikverbund zwischen der Uniklinik und den Kliniken der Stadt Köln gGmbH aus. Dazu erklärt Beate Hane-Knoll, stellvertretende Kreissprecherin der LINKEN Köln: „Dass die Beschäftigten der Kliniken der Stadt Köln in dieser Art und Weise von Frau Rekers Vorhaben erfahren, stärkt sicherlich nicht das Vertrauen sondern führt eher zu Verunsicherungen. Die Uniklinik hat schon viele Bereiche ausgegliedert, die bei [Mehr...](#)

TREFFER 1 BIS 5 VON 743

[1](#) [2](#) [3](#) [4](#) [5](#) [6](#) [7](#) [NÄCHSTE >](#)

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN

Wohin geht Spanien?

16. Dezember 2017

13:00 Uhr mehr...

KV KÖLN | Cercolo Podemos Köln & DIE LINKE. Köln  Wahlkreisbüro Matthias W. Birkwald; Severinswall 37 (an der Bottmühle)

Geschäftsführender Kreisvorstand

19. Dezember 2017

19 Uhr mehr...

KV KÖLN |

AG Frieden und Internationale Politik

8. Januar 2018

um 19 Uhr in der Dersim-Gemeinde Bleichstrasse 1 in Köln-Mülheim mehr...

KV KÖLN | AG Frieden und Internationale Politik  Dersim-Gemeinde Bleichstrasse 1 in Köln-Mülheim

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-KOELN.DE/POLITIK/AKTUELL/](http://www.die-linke-koeln.de/politik/aktuell/)